



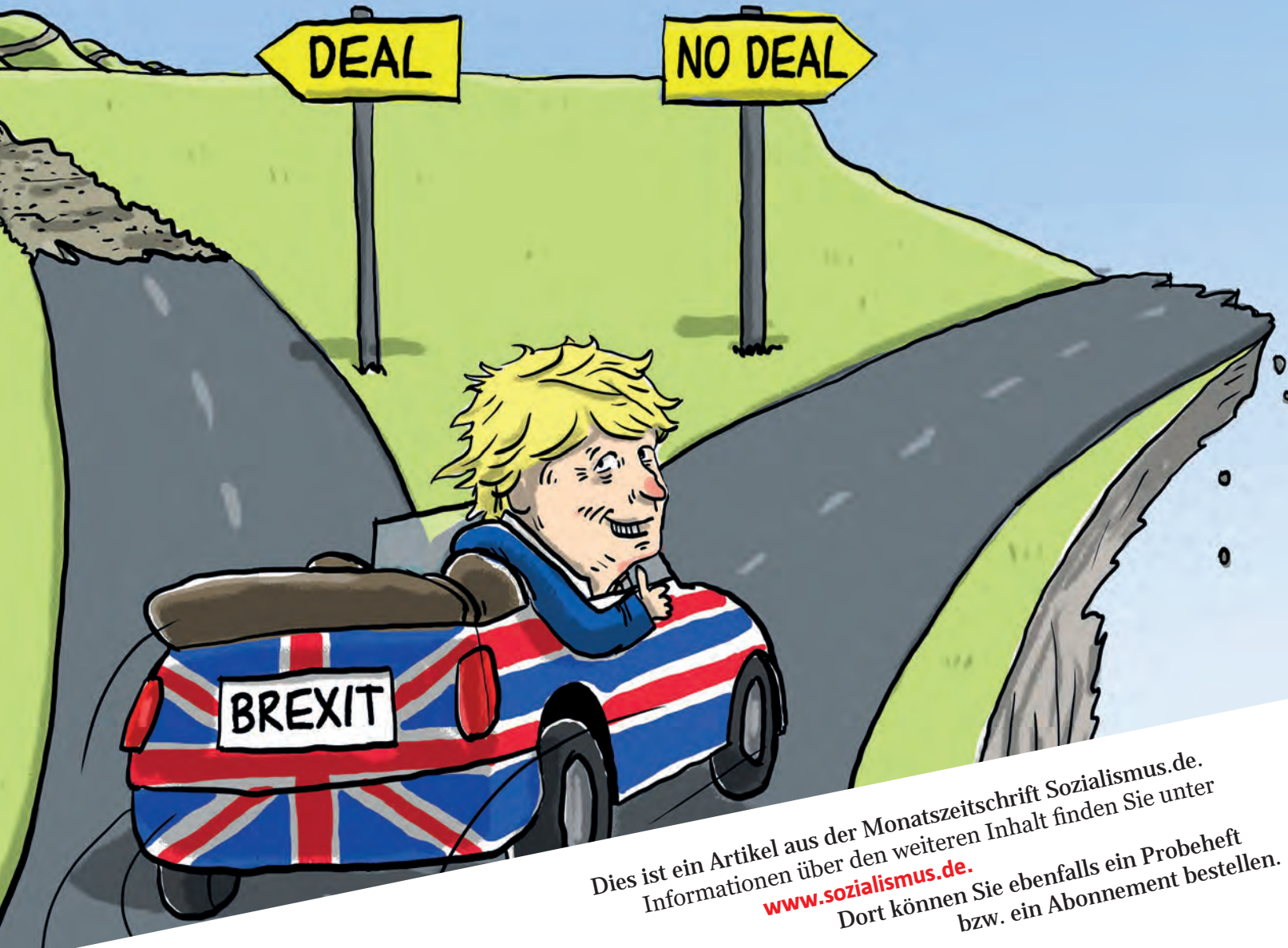
**Dieter Sauer: Arbeitszeitpolitik in der Transformation**

**Kai Burmeister: Arbeit in der Automobilindustrie**

**Forum Gewerkschaften**

**Beiträge u.a. von**

**Gabi Zimmer/Michael Brie, Ulrike Eifler, Ruth Becker/Eveline Linke, Holger Politt, Detlef Umbach, Norman Paech, Joachim Bischoff, Hinrich Kuhls, Helmut Martens**



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.  
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter  
[www.sozialismus.de](http://www.sozialismus.de).  
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft  
bzw. ein Abonnement bestellen.

# Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion  
zwischen den monatlichen  
Printausgaben im Netz auf  
[www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de)

## Rossana Rossanda ist tot

Die »große alte Dame des italienischen Kommunismus« verstarb am 20.9. im Alter von 96 Jahren in Rom. Geboren 1924 in Pola (Istrien) wuchs sie in einem gutbürgerlichen Elternhaus auf, studierte Philosophie und Literatur in Mailand, nimmt teil an Partisanenaktionen der antifaschistischen Resistenza und tritt bereits 1943 in die italienische kommunistische Partei (PCI) ein.

## Parteien im Niedergang

Die Kommunalwahlen in NRW waren Stimmungstest für die Bewältigung der pandemiebedingten Krise, für Armin Laschet als Aspiranten auf den CDU-Vorsitz und für die Möglichkeiten einer schwarz-grünen Regierung auf Bundesebene.

## EZB bleibt bei der lockeren Geldpolitik

Die Wirtschaft im Euroraum erlebte einen beispiellosen Schock, die Preissteigerungen sind daher im Keller. Bei den Niedrigzinsen wird es erstmal bleiben, die Europäische Zentralbank (EZB) belässt den Leitzins bei 0%.

## Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonent\*innen und Leser\*innen das konkret machen könnten, steht ebenfalls unter  
[www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de)

## DIE LINKE und ihr Gebrauchswert

Michael Brie/Gabi Zimmer: Sagen, was ist! Zur Strategiediskussion der Partei DIE LINKE im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 .....	2
Joachim Bischoff/Björn Radke: Aufbruch in der Linkspartei? .....	7
Joachim Bischoff: Systemchange im Zeitalter der Weltunordnung .....	11
Ulrike Eifler: Auch eine plurale Partei braucht Klassenorientierung. Zu den Flugschriften von Katja Kipping, Jan Korte und Bernd Riexinger .....	15

## Weltunordnung und politische Polarisierung

Detlef Umbach: Joe Bidens historische Aufgaben .....	19
Redaktion Sozialismus: »Lasst nicht zu, dass sie euch die Demokratie wegnehmen« (Barack Obama) .....	22
Joachim Bischoff/Hinrich Kuhls: Die »revolutionären Konservativen« Rechtsbrüche säumen den Weg zum »Globalen Britannien« .....	24
Holger Politt: Ungleichzeitigkeit in Übergangszeiten. Die Präsidentenwahl im gespaltenen Polen – ein Rück- und Ausblick .....	31
Heiko Bolldorf: Parlamentswahlen in Kroatien – neue Kräfte links und rechts .....	35

## Forum Gewerkschaften

Dieter Sauer: Arbeitszeitpolitik in der Transformation .....	38
Kai Burmeister: Zwischen Rotstift und Transformation Arbeit in der Automobilindustrie .....	43
Peter Schadt: Digitalisierung in der Autoindustrie. Zur Ideologie der Entlastung von Mensch und Natur durch die Industrie 4.0 .....	48

## Care, Corona und Herrschaftskritik

Eveline Linke/Ruth Becker: Care-Ökonomie – eine antikapitalistische Utopie? .....	52
Helmut Martens: Die Corona-Krise als Störung des »Weiter-so« .....	57

## Juristen im Zeitalter der Extreme

Norman Paech: Gerhard Stuby (13.6.1934-24.8.2020) .....	63
Udo Achten: Fritz Bauer – antifaschistischer Aufklärer und konsequenter Humanist .....	66

## Impressum | Veranstaltungen & Tipps | Film

Impressum .....	51
Veranstaltungen & Tipps .....	68
Klaus Schneider: »Tenet« (Filmkritik) .....	69

# Sagen, was ist!

Zur Strategiediskussion der Partei DIE LINKE im Vorfeld der Bundestagswahl 2021

von ■ Michael Brie und Gabi Zimmer



In der Parteizentrale, 18.8.2020 (Foto: dpa)

»Alle große politische Action besteht in dem Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit. Alle politische Kleingeisterei besteht in dem Verschweigen und Bemänteln dessen, was ist.«  
Ferdinand Lassalle (1863: 35)

Der Bundesvorstand der Partei DIE LINKE hat Anfang September 2020 den Leitantrag für den kommenden Parteitag vorgelegt: »Wie wir gerecht aus der Krise kommen – Mit einem sozialen und ökologischen Systemwechsel.« Es dürfte in der Partei und bei ihren Anhänger\*innen kaum allzu große Differenzen geben, was Inhalt und Zielrichtung des Systemwechsels betrifft. Der Leitantrag steht in Kontinuität zu jenen Positionen, die die PDS, WASG und dann die LINKE über jetzt drei Jahrzehnte erarbeitet haben, Positionen, die sich im Chemnitzer Parteiprogramm der PDS und im Erfurter Parteiprogramm der Partei DIE LINKE niederschlugen, und entwickelt diese konkret weiter. Dies ist eine gute Nachricht.

Auch Überlegungen, die ihre beiden langjährigen Vorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger in zwei jüngst erschienenen Büchern darlegten (Kipping 2020; Riexinger 2020),

sind eingeflossen. Es scheint gelungen, Konzepte zu entwickeln, die verbinden, statt spalten, auf Solidarität setzen und Hoffnung statt Angst verbreiten. Es wurde ein Ansatz verbindender Klassenpolitik (Candeias 2017) entwickelt, der zugleich radikal emanzipativ und entwicklungsfähig ist. Ihm liegt ein Konzept zugrunde, das auf eine doppelte Transformation setzt – im Hier und Jetzt, im Kapitalismus, ansetzend und zugleich für Morgen und Übermorgen, über den Kapitalismus hinaus weist (Klein 2014).

Natürlich bleiben viele offene Fragen (Stache/Matzenau 2020), darunter die nach den Grundzügen einer alternativen, sozialistischen Gesellschaftsordnung (Dörre/Schickert 2019). Die Analyse der oligarchischen Machtstrukturen, die den gesamten gesellschaftlichen Reproduktionsprozess, die Produktionsweise die Lebensweise kontrollieren (Dellheim 2014), kommt im Leitantrag zu kurz, will man sich der gewaltigen Widerstände bewusst werden, auf die eine radikale Transformationspolitik treffen wird (Lehndorff 2020). Die Vorstellungen über alternative Eigentumsformen wurden präzisiert, auch wenn dies ein völlig un abgeschlossener Suchprozess bleibt. Eine wirkliche Systemtransformation wird radikale Experimente wagen müssen.

So positiv der Leitantrag erscheint, wenn es um die Zielvorstellung geht, so sehr bemängelt er zugleich die zentralen strategischen wie taktischen Fragen im Vorfeld der Bundestagswahl. Dies aber ist bestenfalls grob fahrlässig. Die weitgehende Einheit beim »Was« verdeckt die riesigen Differenzen beim »Wie«, ein Konflikt, der schon ganz andere Parteien in den Ruin getrieben hat. Dabei kommt es, wie Rosa Luxemburg schrieb, beim Kampf der Linken immer »in erster Linie nicht auf das Was, sondern auf das Wie« (Luxemburg 1979: 485) an. Es geht darum, die eigenen Fähigkeiten zu entwickeln, die notwendig sind, die Kräfteverhältnisse ideologisch, politisch und sozial wie ökonomisch zu verändern, damit die angestrebten Ziele, das Was, auch wirklich realisiert werden können. Sonst entpuppen sie sich als Seifenblasen, die bei der ersten zarten Berührung mit der Realität der über Jahrzehnte neoliberal geprägten bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft zerplatzen und ihre Vertreter\*innen im politischen Nichts verschwinden lassen. Mit Recht wird immer wieder auf das fatale Scheitern von Rifondazione Comunista verwiesen. Wenn das Wie nicht stimmt, wird am Ende auch das Was nicht stimmen.

Der Leitantrag beginnt mit einem Satz, der in sich das zentrale strategische Problem der Partei DIE LINKE nicht etwa aufdeckt, sondern verbirgt: »Unser Land steht nicht nur vor einer Bundestagswahl und vor Landtagswahlen, sondern vor einer Richtungsentscheidung.« Hier ist der Wunsch die Mutter des Gedankens. Richtig müsste der Satz heißen: »Wir werden alles dafür tun, dass die Bundestagswahl wie die Landtagswahlen zu einer Richtungsentscheidung werden.« Die Ergebnisse der Kommunalwahlen in NRW zeigen, wie die Stimmung wirklich ist. Und gegenüber der LINKEN gilt, dass viele Bürgerinnen und Bürger zwar durchaus eine Reihe der Ziele teilen, der LINKEN aber die Fähigkeit absprechen, diese umzusetzen. Es ihnen weder zutrauen noch ihnen vertrauen.

Geprüft werden muss vor allem, ob es wirklich ein realistisches Ziel ist, die Bundestagswahlen 2021 zu einer Entscheidung über den Richtungswechsel zu machen. Schließlich waren die Bundestagswahlen der letzten Jahrzehnte keineswegs richtungsentscheidend. Das ist ja gerade das Problem: Die Gesellschaft entwickelte sich weiter in die herrschende Entwicklungsrichtung – mit verheerenden sozialen, ökologischen, europapolitischen und internationalen Folgen. Seit 1990 wurde das Weiter-so einer neoliberalen Politik verfolgt, wobei die Regierung von SPD und Grünen nach 1998 dem Projekt erst jene soziale Härte gaben, die seit einem Jahrzehnt mühselig wieder durch den Widerstand von Gewerkschaften, Sozialverbänden und der breiteren wie engeren politischen Linken relativiert wird.

Natürlich war und ist eine sozialökologische und friedensorientierte demokratische und solidarische Richtungsentscheidung fällig. Sie war es auch 1989/90, und das Versagen der Linken in West wie Ost, in Deutschland und Europa, diese Entscheidung durchzusetzen, wirkt bis heute nach. Das große Hoffnungs Fenster des Endes des Staatssozialismus wurde nicht etwa für eine Politik des Neuen Denkens, des Friedens und solidarischer Nachhaltigkeit genutzt, sondern für das Projekt der Verallgemeinerung des US-dominierten neoliberalen Finanzmarkt-Kapitalismus mit seinen weltweit sozial und ökologisch zerstörerischen Folgen und seiner Krisenproduktion. Daraus erwuchs

der galoppierende Krisenzyklus in allen Bereichen – von der Ökonomie über den Gesundheitsbereich bis hin zum internationalen System.

Warum ist es nicht gelungen, die über viele Jahre hinweg im Bundestag bestehende arithmetische Mehrheit von SPD, Grünen, PDS bzw. LINKE für einen gesellschaftspolitischen Richtungswechsel wirksam zu machen? Was sind unsere Schlussfolgerungen daraus? Das objektiv Gebotene und das machtpolitisch Durchgesetzte sind, dies hat die Linke über Jahrhunderte immer wieder bitter erfahren, zumeist zwei völlig verschiedene Dinge. Gregor Gysi liegt völlig falsch: Nicht 30 Jahre Opposition von PDS und Partei DIE LINKE sind mehr als genug, sondern 30 Jahre ausgebliebener Richtungswechsel. Und nur eine Regierungsbeteiligung der LINKEN, die daran wirklich und tatsächlich etwas ändert, ist es wert, sie anzustreben.

Über weite Strecken imaginiert der Leitantrag eine Situation, in der DIE LINKE nach dem Wahltag am Ruder sein könnte, das uneingeschränkte Kommando hat und die notwendigen Richtungsentscheidungen ungehindert durchsetzt. Dafür nur ein Beispiel: »Wir investieren in die soziale Infrastruktur und den klimaneutralen Umbau der Wirtschaft. So schaffen wir zugleich die Infrastruktur für ein besseres Leben und eine krisenfestere Gesellschaft. ... Wir bringen Krankenhäuser zurück in die öffentliche Hand und stärken die flächendeckende, wohnortnahe Gesundheitsversorgung, auch auf dem Land. Wir bauen den öffentlichen Nahverkehr aus, verbessern die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten und machen ihn für die Nutzer kostenfrei.« Dies wäre nur dann keine rein stilistische Form, Hoffnung sichtbar zu machen, wenn eine nüchterne Bestandsaufnahme der realen Kräfteverhältnisse in der Bundesrepublik und der Europäischen Union zugrunde liegen würde. Doch diese fehlt. Es fehlt auch, wie die Partei DIE LINKE dazu beitragen kann, bis zur Bundestagswahl diese Kräfteverhältnisse deutlich zu verändern. Dies ist der zweite Geburtsfehler des Leittrags. Doch dazu später.

Sicherlich ist richtig, wie der Leitantrag feststellt, dass ein »moderierendes ›Weiter-so‹ ... die vielfältigen Krisen unserer Zeit nicht lösen« kann. Real steht aber genau dieses auf der Tagesordnung. Es ist dieses mehr oder minder modifizierte »Weiter-so« und keinesfalls eine »neue radikale Realpolitik«, die den aktuell gegebenen realen Kräfteverhältnissen entspricht. Die Zustimmung zur Regierung, zu CDU/CSU und zu Angela Merkel ist so hoch wie seit vielen Jahren nicht mehr. Von einer Wechselstimmung keine Spur, und wenn, dann hin zu einer Koalition von CDU/CSU und Grünen. Der Kurs der Mitte – eines moderierten Weiter-so – findet große Unterstützung und ist machtpolitisch in den Unternehmerverbänden, bei vielen Gewerkschaften, in der Bevölkerung und im europäischen Umfeld fest verankert. Die Partei DIE LINKE darf nicht aus dem Auge verlieren, dass es Gesamtzusammenhänge von Macht und Eigentum, von gesellschaftlicher Reproduktion im Ganzen und den vielen Einzelprozessen, von lokaler bis internationaler Entwicklung

Michael Brie ist Sozialphilosoph. Im VSA: Verlag erschien von ihm zuletzt: »Lenin neu entdecken« (2017), »Rosa Luxemburg neu entdecken« (2019). Gabi Zimmer war von 2000 bis 2003 Bundesvorsitzende der PDS, von 2012 bis 2019 Fraktionsvorsitzende der GUE/NGL-Fraktion im Europäischen Parlament.

gibt. Wir wissen doch um den Zusammenhang zwischen wachsender sozialer Spaltung, Klimakatastrophe, steigender Ungerechtigkeit und Entsolidarisierung, dem Versagen von EU und Deutschland in der Migrations- und Flüchtlingspolitik und einer gefährlichen Spirale von Gewalt. Einzelne Projekte können diesen Gesamtzusammenhang nicht auflösen, sondern höchstens schwächen. Genau deshalb bedarf es ja des Richtungswechsels. Beides muss strategisch im Blick behalten werden – das Ganze und die Rolle von Einstiegsprojekten, wenn denn das Ganze noch nicht zur Disposition steht.

Es gibt sehr aktive Bewegungen vor allem im Feld des Klimas und der Ökologie im weiteren Sinne, auch bei Fragen von Wohnen oder dem ÖPNV. Dies sind aktive kritische Minderheiten, aber nicht mehr. Von einer gemeinsamen handlungswirksamen Front der sozialen und ökologischen Kräfte für einen Richtungswechsel kann nicht geredet werden, auch wenn es teilweise wachsende Berührungspunkte gibt. Die Gewerkschaften, gerade auch die IG Metall, sehen mehrheitlich keine Möglichkeit und Notwendigkeit, sich vehement für einen Richtungswechsel der Politik zu engagieren. Sie setzen auf die Moderation und konkrete Formen der Unterstützung in verschiedenen Bereichen der technologischen Innovation und des Strukturwandels sowie des dosierten Ausbaus des Öffentlichen. Dies entspricht ihrer Einschätzung der Kräfteverhältnisse und des Möglichen.

Der herrschende Block hat sich als lernfähig erwiesen. Nicht zufällig verwandte Angela Merkel in einem Spitzentreffen zur Arbeit der Gesundheitsämter vor wenigen Tagen den Begriff der »Community-Medizin«. Zum Weiter-so gehört inzwischen, dass die Tendenz zur Privatisierung vieler Bereiche der Daseinsvorsorge zumindest ausgesetzt und teilweise auch revidiert wird. Natürlich könnte ein neuer Krisenschock kurzfristig dazu führen, dass ein massiver Vertrauensverlust in die heutige Politik eintritt. Aber zur Ehrlichkeit gehört zu erkennen und auszusprechen, dass die herrschenden Eliten aus der Finanzkrise gelernt haben und weit flexibler noch als damals agieren. Die Instrumente des Keynesianismus werden wieder genutzt – wenn auch nur begrenzt und es wird schon jetzt angekündigt, die Schuldenbremse wieder anzuziehen. Von einem umfassenden Strukturwandel der Wirtschaft, der den sozialen wie ökologischen Anforderungen gerecht wird, kann nicht gesprochen werden, mehr ist es eine Anpassung. Dies wird sich kaum im Laufe der nächsten zwölf Monate ändern.

Auch die SPD hat sich angepasst. Erst wählt sie ein Spitzen-duo zu Vorsitzenden, das als links gilt, und dann kürt sie Olaf Scholz zum Kanzlerkandidaten, der nun keinesfalls für einen radikalen Richtungswechsel steht, sondern klar und eindeutig für ein flexibles Weiter-so. Die Grünen haben ein Programm der ökologischen Modernisierung mit sozialen Akzenten entwickelt, das wenig Raum für radikale Transformationspolitik lässt. Wenn es im Leitantrag der Partei DIE LINKE heißt, dass ein »sozial-ökologischer Politikwechsel erfordert, dass SPD und Grüne sich von ihrer bisherigen politischen Praxis verabschieden«, so ist dies eine merkwürdige Stellungnahme gegenüber jenen, mit denen ggf. eine Regierung gebildet werden soll, und zugleich das versteckte Eingeständnis, dass eine Regierung mit SPD und Grünen keine Regierung des Politikwechsels sein kann, sondern nur die ihrer Modifikation.

Die im Leitantrag des Bundesvorstands der LINKEN entwickelte Politik verlangt dauerhafte massive Umverteilung und das ebenso dauerhafte Aussetzen der Schuldenbremse bzw. eine teilweise direkte Staatsfinanzierung durch die EZB. Die vorgeschlagenen Eingriffe in Eigentumsrechte und Eigentumsverhältnisse erfordern ihrerseits ein partielles Aussetzen wichtiger Regeln des EU-Wettbewerbsrechts und des freien Kapitalverkehrs. Die Liste der Hindernisse, die einem wirklichen Richtungswechsel entgegenstehen, lässt sich noch deutlich verlängern. Wie sollen diese Hindernisse real überwunden werden?

Wenn keine unerwarteten Ereignisse gravierendster Art eintreten, dann stehen die Zeichen auf ein Weiter-so, bestenfalls mit bestimmten ökologischen und sozialen Akzenten. Das ist nicht das Schlechteste, was der Bundesrepublik passieren kann, aber es bleibt sehr weit hinter den richtigen Forderungen eines Richtungswechsels zurück. Diese Differenz darf auf keinen Fall kaschiert werden. Und selbst wenn es zu einer Mehrheit für eine Regierungskoalition von Grünen, SPD und LINKEN kommen sollte, wovon die Parteien zusammen weit entfernt sind, dann wäre eine solche Regierung unter den jetzigen Kräfteverhältnissen anerkanntermaßen höchstens *eine Mitte-Regierung mit linken Akzenten*, aber definitiv *keine linke Regierung des Richtungswechsels*. Das muss offen ausgesprochen werden. Die für einen Richtungswechsel notwendige Stärke, aber auch der erforderliche Mut und Kampfeswille sind weder bei der Mehrheit der gesellschaftlichen, geschweige denn bei den politischen Akteuren vorhanden.

Der Leitantrag ist nicht ehrlich. Die Erzeugung der Illusion, dass eine Regierung von Rot-Grün-Rot oder Grün-Rot-Rot mehr als eine mehr oder minder deutliche Modifikation des Weiter-so und eine Regierung des Richtungswechsels sein könnte, ist der fatale Geburtsfehler des Leitantrags und der ihm zugrunde liegenden strategisch-taktischen Orientierung. Er will dem inneren Parteifrieden dienen und trägt den Keim der Spaltung der Partei und des offenen Krieges seiner Flügel in sich, weil er die eigenen Einsichten nicht offen auf den Tisch legt, die europäischen und internationalen Erfahrungen nicht auswertet und eine soziale und ökologische Modifikation des Weiter-so, verbunden mit friedens- und europapolitischen Akzenten, als radikalen Richtungswechsel ausgibt.

Dabei ist eine derartige Modifikation des Weiter-so nicht bedeutungslos. Sie kann den Raum für Experimente im Sinne der Vision des Leitantrags öffnen und damit die Chancen für einen zukünftigen ernsthaften Richtungswechsel erhöhen. Dies wäre in der jetzigen Situation nicht wenig. Wesentliche Ziele des Leitantrags können aber durch eine solche Regierung keinesfalls erfüllt werden. Und dies betrifft nicht nur den Ausstieg aus den militärischen Strukturen der NATO oder das generelle Verbot von Rüstungsexporten. Es gibt einzelne Zukunftsprojekte, die auch jetzt durchsetzbar sind – teilweise auch oder gerade aus der Opposition, wie der Mindestlohn oder der Stopp weiterer Rentenkürzungen und der – aber viel zu weit in die Zukunft verlegte – Kohleausstieg zeigten. Auch der offizielle Ausstieg aus dem Ziel, 2% des BIP für Rüstung auszugeben und die Absenkung der Rüstungsausgaben anstatt ihrer weiteren Erhöhung ist ein erreichbares und wichtiges realpolitisches Ziel. Dafür lohnt es sich zu kämpfen.



München, 4.6.2015 (Foto: dpa)

DIE LINKE und die Delegierten ihres Parteitags müssen sich offen fragen, ob sie eine solche Mitte-Regierung mit sozialen, ökologischen und friedenspolitischen Akzenten als Kampfziel anstreben und ob sie dann auch weitgehende Abstriche von der unmittelbaren Durchsetzung der eigenen Vision eines Richtungswechsels in Kauf zu nehmen bereit sind. Dies setzt natürlich voraus, die sehr begrenzten Chancen einer solchen Regierung zu nutzen und die Kosten, die eine solche Regierungsbeteiligung mit sich bringen wird, gemeinsam zu tragen. Es könnte auch sein, dass man wie in Portugal unter diesen Bedingungen eher den Vorschlag einer Tolerierung einer von Grünen und SPD getragenen Regierung wählen würde. Dieses Angebot wurde ja seit Jahrzehnten immer wieder gemacht.

Rebellisches Regieren ist, wenn überhaupt, nur punktuell möglich, rebellisches Tolerieren dagegen auch in der Breite. Noch einmal sei auf einen Gedanken von Rosa Luxemburg verwiesen: In der Regierung steht jede beteiligte Partei für das Ganze der Regierung und muss diese in der Gänze ihrer Politik unterstützen. Die Richtlinienkompetenz der Kanzlerin oder des Kanzlers erzwingt dies geradezu. Dies erschwert aus der Regierungsbeteiligung heraus das Aufzeigen der Differenz zu einem, wie auch immer moderierten und modifizierten Weiter-so erheblich. Eine Tolerierung dagegen erlaubt es besser, die partielle Unterstützung mit der Herausarbeitung der eigenen Positionen eines grundlegenden Richtungswechsels zu verbinden.

Ehrlich sollte die Partei DIE LINKE auch in der Frage der Einschätzung der eigenen Stärke sein: Eine mit durch sie gebildete Regierung findet gerade einmal bei einem knappen Drittel der Bürgerinnen und Bürger gegenwärtig Unterstützung. Bei Umfragen liegt die Partei DIE LINKE zwischen 6% und 9%. Es ist ihr gelungen, sich viel besser im linken akademischen Milieu zu verankern, aber sie hat den Charakter als Volkspartei im Osten Deutschlands verloren und ist in den Milieus der Lohnarbeitenden, im Alltag jener, die viel tun müssen, um über die Runden zu kommen, in ihrer Widersprüchlichkeit und Vielfalt nur sehr begrenzt, wenn überhaupt, präsent. Bei allen Bemühungen ist es nur in Ansätzen gelungen, neue Mitglieder zu gewinnen, die in sozialen, ökologischen, Kultur-, Bildungs-, Stadtentwicklungs- und Mietenprojekten engagiert sind, also um Menschen, die an den Leuten »unten« und »ihren« Problemen nahe dran sind – Menschen im Pflegebereich, Sozial- und Streetworker,

Tausende Ehrenamtliche in Vereinen und Projekten der Jugend-, Kultur-, Sozialarbeit.

Es kann durchaus knapp werden für die DIE LINKE, wenn gravierende Fehler passieren. Auch der Wiedereinzug in den Bundestag ist keinesfalls sicher, wenn auch relativ wahrscheinlich. Deshalb braucht es einer klaren überzeugenden Strategie und abgestimmter taktischer Koordination. Die Linke muss ihren *realen politischen Gebrauchswert* erst einmal für sich klären und dann überzeugend vermitteln. Worin aber besteht dieser Gebrauchswert? Er besteht unseres Erachtens darin, *zugleich für einen noch nicht möglichen Richtungswechsel zu streiten und das Hier und Jetzt Mögliche zu tun, um die Voraussetzungen für einen solchen Richtungswechsel herbeizuführen*. Der Unterschied zwischen dem Kampf für die Schaffung der Voraussetzungen für den Richtungswechsel sowie der Durchsetzung einzelner Projekte, die auf diesen zielen, einerseits und die wirkliche Einleitung desselben andererseits sollte auf keinen Fall verwischt werden. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) aus dem Jahre 2000 ist ein Beispiel für ein Zukunftsprojekt, das am Ende zwar eine ökologische Modernisierung, aber keine wirkliche Ökologisierung herbeigeführt hat, weil es partikular blieb, von den großen Konzernen übernommen wurde, und in diesem Kontext die Eigentums- und Machtstrukturen sowie die Produktions- und Lebensweise nicht grundsätzlich veränderte, sondern auf veränderter Grundlage stabilisierte.

DIE LINKE könnte, wenn sie sich selbst gegenüber und gegenüber der breiteren Öffentlichkeit ehrlich wäre, ihren besonderen Gebrauchswert einer zugleich radikalen wie realpolitischen Partei mit einer Doppelstrategie verfolgen. Sie könnte sagen: Wir streben einen radikalen Richtungswechsel an, weil nur so die unerträglichen Widersprüche ernsthaft einer solidarischen und emanzipatorischen Bearbeitung zugeführt werden können. Dafür sind aber die Bedingungen unmittelbar noch nicht gegeben. Um sie aktiv zu schaffen, wollen wir mit dazu beitragen, dass eine Mitte-Regierung mit linken und ökologischen Akzenten möglich wird, die das Weiter-so mit wesentlichen Modifikationen verbindet und damit die Chancen für einen weitergehenden Richtungswechsel in der Perspektive erhöht. Wir sind unter sehr besonderen Umständen bereit, direkt in eine solche Regierung zu gehen und würden sie auf jeden Fall »rebellisch« tolerieren. Zugleich aber wollen wir im

Wahlkampf mit aller Kraft gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern die Vision eines sozialen und ökologischen Richtungswechsels erarbeiten und dafür entschieden werben, immer mit dem Wissen, dass diese Vision gegenwärtig bestenfalls experimentell in einigen wichtigen Ansätzen umgesetzt werden kann – auf kommunaler oder Landesebene oder sektoral auch bundesweit und international.

Wenn DIE LINKE im Osten Deutschlands so sehr an Boden verloren hat, dann muss sie den Faden wieder aufnehmen und als Partei die Stärkung der Regionen in Ost und West sowie in Europa auf die Tagesordnung setzen. Sich also einerseits in die Zukunftsdebatten gerade jener Regionen einbringen, die angesichts der Klima- und Energiewende vor riesigen Herausforderungen stehen, ob in der Lausitz, den Tagebaurevieren in Sachsen-Anhalt oder in Nordrhein-Westfalen. Andererseits sollten wir uns mit konkreten Ideen und Projekten einmischen, um die Schlussfolgerung einiger Wirtschaftsinstitute zurückzuweisen, nur die prosperierenden Regionen zu fördern und letztlich die anderen »sterben« zu lassen. Es geht um Menschlichkeit und Respekt gegenüber jenen Menschen, die in diesen Regionen leben und arbeiten, für die diese Orte Zuhause und Vertrautsein bedeuten. Sie haben das Recht auf eine lebenswerte und zukunftsfähige Perspektive ihrer Regionen.

Es geht um Einstiegs- und Zukunftsprojekte im Hier und Jetzt, die die Bedingungen für den ausstehenden Richtungswechsel deutlich verbessern. Gegenwärtig verlangt das von der Partei DIE LINKE vor allem Organisierung und Mobilisierung von unten, die Stärkung der Orte von alternativen Ansätzen und des öffentlichen Diskurses. Dies ist wichtig, damit sie nicht ihre Fähigkeit verliert, gegen Sozialabbau und Umwelterstörung vorzugehen. Aber wir sehen auch die offenbaren Schwächen der neoliberalen Politik, die ihre ungebremsste Fortsetzung erschweren, und die Lernprozesse der herrschenden Eliten und Differenzierungen, die genutzt werden können. Es gibt also auch Möglichkeiten, im »Oben« der Gesellschaft Veränderungen anzustoßen.

Was Not tut, ist der offene und nüchterne Blick auf das Pro und Contra, auf die realen Möglichkeiten der genannten Doppelstrategie in ihrer Widersprüchlichkeit. Es geht um das Wie unter Bedingungen, wo kein radikaler Richtungswechsel ansteht und doch neue Chancen da sind, wesentliche Modifikationen durchzusetzen. Und nur eine solche Doppelstrategie wird auch das Maximum des Was, des Sozialen, Ökologischen, Friedensorientierten, aus der jetzigen Situation herausholen.

Würde DIE LINKE eine solche Doppelstrategie ernsthaft verfolgen, dann müsste sie sich, so unsere feste Überzeugung, dazu entschließen, den Wahlkampf selbst vor allem als Kampf um die Stärkung der Kräfte eines Richtungswechsels und *nicht* um die Beteiligung an einer Regierung der nach links modifizierten Mitte zu führen.

■ Erstens sollte sie aufhören, ihr Wahlprogramm primär aus sich selbst heraus zu erarbeiten, sondern aus dem gesellschaftlichen Dialog, sich vor allem als Gesprächspartner\*in und Auftragnehmer\*in der sozialen, ökologischen, demokratischen, friedensorientierten Kräfte der Gesellschaft verstehend. Es sollte – in einem Forumsprozess organisiert – dabei ein Kurzkatalog von Einstiegsprojekten für den Richtungs-

wechsel entstehen, zusammen mit der Skizzierung des weiteren transformatorischen Horizonts.

- Dieses Forum könnte zweitens auch das parlamentarische Wirken der LINKEN nach der Bundestagswahl begleiten. Es ginge auch darum, dass die Bürgerinnen und Bürger die Regierung wirklich kontrollieren und haftbar machen können für den Bruch von Wahlversprechen. Im linken Verständnis besteht gute Politik auch in dieser Frage in einem anderen Wie. Die Bürgerinnen und Bürger sollten am Wahltag mit ihrer Stimme nicht die Macht »abgeben« haben.
- Drittens sollte DIE LINKE den Bundestagswahlkampf auf der Straße und den Haustüren auch als eine Art Volksabstimmung über diese Einstiegsprojekte durchführen.
- Und viertens sollte DIE LINKE mit Listen kandidieren, die Listen der LINKEN PLUS sind, erweitert um Sprecher\*innen gesellschaftlicher Kräfte der sozialen und ökologischen Transformation sowie der Friedenspolitik. Jeder dritte Platz auf der Liste sollte ein Platz für Vertreter\*innen sozialer, gewerkschaftlicher, ökologischer, friedensorientierter, internationalistischer Kräfte sein, die noch nicht parteipolitisch organisiert sind. Immer wieder gibt es dabei die Einwände: Ein solcher Wahlkampf sei zu schwierig, zu aufwändig, zu unkontrollierbar, eine solche Liste wäre nicht zumutbar. Diese Einwände kontrastieren in bestürzender Weise mit der radikalen Rhetorik, mit der im Leitantrag auf den Richtungswechsel gesetzt wird. Auch hier sollte man sich ehrlich machen. Der Beschluss des kommenden Parteitages sollte nicht zuletzt die Überschrift des Leitantrags neu fassen: »Wie wir im Bundestagswahlkampf 2021 um den Richtungswechsel der Politik kämpfen – Mit einem gesellschaftlich erarbeiteten Programm und offenen Listen.«

## Literatur

- Candeias, Mario (2017): Eine Frage der Klasse. Neue Klassenpolitik als verbindender Antagonismus. In: *LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis*, (Sonderausgabe).
- Dellheim, Judith (2014): Kapitaloligarchien und Transformation. Zur Entwicklung der Europäischen Union. In: Brie, Michael (Hrsg.), *Futuring. Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 332-367.
- Dörre, Klaus/Schickert, Christiane (Hrsg.) (2019): *Neosozialismus: Solidarität, Demokratie und Ökologie vs. Kapitalismus*. München: oekom verlag.
- Kipping, Katja (2020): *Neue linke Mehrheiten. Eine Einladung*. Berlin: Argument.
- Klein, Dieter (2014): Doppelte Transformation. In: Brie, Michael (Hrsg.), *Futuring. Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 101-125.
- Lassalle, Ferdinand (1863): *Was nun? 2. Vortrag über Verfassungsweisen*. Zürich: Meyer & Zeller. Google-Books-ID: oPegAAAAMAAJ.
- Lehndorff, Steffen (2020): *New Deal heißt Mut zum Konflikt. Was wir von Roosevelts Reformpolitik der 1930er Jahre heute lernen können*. Hamburg: VSA.
- Luxemburg, Rosa (1979): *Eine taktische Frage (1899)*. In: *Gesammelte Werke*, Bd. 1.1. Berlin: Karl Dietz Verlag, 483-486.
- Riexinger, Bernd (2020): *System Change. Plädoyer für einen linken Green New Deal – Wie wir den Kampf für eine sozial- und klimagerechte Zukunft gewinnen können*. Hamburg: VSA.
- Stache, Stefan/Matzenau, Wolf von (Hrsg.) (2020): *Was heißt Erneuerung der Linken? Sozial-ökologischer Umbau und ein Sozialstaat für das 21. Jahrhundert*. Hamburg: VSA.

# Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen

ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo ([www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de)). Beides geht auch mit dem beigegefügtten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum Preis von € 75,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).

Ich möchte die Buchprämie  Kapital  68er  ABC

Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum verbilligten Preis von € 55,- (für Arbeitslose/Studenten).

Ich möchte die Buchprämie  Kapital  68er  ABC

Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft \_\_\_\_\_ (3 Hefte zum Preis von € 16,-/Ausland € 25,-).

Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname

\_\_\_\_\_  
Straße

\_\_\_\_\_  
Plz, Ort

\_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

\_\_\_\_\_  
Datum, 2. Unterschrift

Bitte als  
Postkarte  
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus  
Postfach 10 61 27  
20042 Hamburg

## Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:  
[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

